

# Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Große Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Geschehen: Werktag nach 5 Uhr. — Originalberichte und Mitteilungen dienen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden.

**Ausführungsgebühren:**  
Die halbe kleiner Schrift der  
Tageszeitungen oder deren Nachdruck  
zu 20 Pf. Bei Tabellen- und  
Büchern zu 5 Pf. Aufdruck  
für die Zeitung. Unteres Ar-  
beitsstück (Vierseitig) die  
Zeitung mittler Schrift oder  
ihre Nachdruck zu 10 Pf.

**Schärfere Strafzusage bei**  
**Streuer Wiederholung.**  
Entnahme der Zeitungen bis  
mittags 12 Uhr für die nach-  
mittags erscheinende Ausgabe.

N 33.

Freitag, den 9. Februar nachmittags.

1906.

## Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Premier Otto Franz Wagner in Dresden für die von ihm am 8. August 1905 durch eine ausgezeichnete Leistung bewirkte Errichtung eines Kanals vom Tode des Ertrinkens in der Weißeritz die bronzene Lebensrettungsmedaille mit der Befugnis zu verleihen, sie am weißen Bande zu tragen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der in Sachsen staatsangehörige Geh. Kommerzienrat Koppel in Berlin den ihm von Se. Majestät dem Deutschen Kaiser und Könige von Preußen verliehenen Wilhelm-orden annehme und trage.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der in Sachsen staatsangehörige Geh. Kommerzienrat Koppel in Berlin den ihm von Se. Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen, verliehenen Königl. Preußischen Rosen Adlerorden 4. Klasse annehme und trage.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die Nachgenannten die ihnen von Se. Königl. Hoheit dem Prinzen Luitpold, des Königs von Bayern, verliehenen Ordensdekorationen annehmen und tragen, und zwar der Oberstammherz. Graf v. Wallwitz das Großkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael, der Ceremonienmeister Kammerherr Graf Bilding v. Königsdörp und der Kammerherr Freih. v. Bürgel den Verdienstorden vom heiligen Michael 2. Klasse.

## Ernennungen, Verleihungen u. im öffentlichen Dienste.

**Zum Geschäftsbereiche des Ministeriums der Finanzen.** Beratung der Staatsbahnen: Ernannt: Geipel, bisher Bahnhofinspektor II. Kl. 2. Or. in Rendsburg, als Eisenbahnvorsteher in Dresden; Albrecht, bisher Bahnhofinspektor II. Kl. 2. Or. in Rendsburg; Steinböl, bisher Eisenbahnvorsteher I. Kl. in Demitz, als Bahnhofinspektor II. Kl. in Grapow; Siebel, bisher Stationsvorsteher I. Kl., als Bahnhofsvorsteher in Treuen ob B.; Sommerfeld und Haubitz, bisher Eisenbahnmobil und Haubitz, bisher Eisenbahnvorsteher in Altenburg und Dresden; R. H. Richter, bisher Weidemaster I. Kl. als Weidemaster I. Kl. in Dresden; Röhr, bisher Eisenbahnvorsteher in Bautzen; die nachgesetzten Hilfsbeamten: R. als Weidemaster II. Kl.; G. Arns in Rauniburg; Dresden; R. H. Kraatz in Einsiedel, Göllnitz und Gräfendorf in Reichenbach; R. Glaser, König und Sohn in Dresden; R. Knobbel in Niederschlesien, Kunze und Weiß in Dresden; R. Lorenz in Senftenberg; Opitz in Reichenbach; Röhl in Freiberg; Schmid in Grünhainichen; Vogel in Wittenberg; Weihenborn in Jetz; als Pfeiffer in Niederschlesien; Pöhl, bisher Hilfsbeamter, als Pfeiffer in Gräfendorf.

**Bau- und Vermessung.** Ernannt: Steindorf, bisher Postbeamter, als Postdirektor in Remschenig; Günther und Franke, bisher Postbeamter, als Postbeamter im Ober-Postdirektionsbezirk Dresden bei Chemnitz; Hammermann, Günther und Bergpostdirektor Schmidel als Postagenten in Hirschfelde (Bz. Böhm.) bei Hirschfelde (Bz. Böhm.).

(Gehört. Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenenteil.)

## Nichtamtlicher Teil.

### Tagessgeschichte.

Dresden, 9. Februar. Se. Majestät der König empfing heute mehrere militärische Herren

### Kunst und Wissenschaft.

Vortrag des Wissl. Geh. Rats Prof. Dr. v. Behring.

Auf der zurzeit in Berlin tagenden Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates bildete das Erscheinen des Wissl. Geh. Rats Prof. v. Behring-Märklin in der Sitzung das wissenschaftlich bedeutendste Ereignis. Der Geschieht verbreitete sich als Hauptrednerfortsetzung über die Bekämpfung der Tuberkulose beim Kind und hygienische Milcherzeugung. Eine ehrliche Gesellschaft war zu dem Vortrage v. Behring erschienen. Am Rednertribüne nahm auch der Kultusminister Dr. Staub Blaschko, sofort, nachdem Graf Schwerin-Löwitz die Sitzung eröffnet hatte, ernst Referent des Wort und schrie aus:

Was steht beträchtlich jetzt in meinem Laboratorium viel weniger die Vorvaccination als vielmehr die Lösung neuer tuberkulose-therapeutischer Probleme, von den es vor einigen Monaten in Paris gesprochen habe. Ich würde die Sorge für die weitere Einführung der Vorvaccination in die landwirtschaftliche Praxis ruhig in andere Hände übergehen lassen können, wenn ich nicht darauf angewiesen wäre, durch die geschäftliche Bewertung meiner alten Arbeiten mir die Mittel zu beschaffen für die kostspielige Bearbeitung der neuen Aufgaben, deren Endziel die Bekämpfung menschlicher Krankheit und menschlichen Elends ist. Ich kann damit zu der auf dem Pariser internationalen Tuberkulosekongress von mir in Anhöhe gehaltenen Bekämpfung der menschlichen Tuberkulose auf Grund neuer Mittel und neuer Methoden. Schon in Paris konnte ich darauf hinweisen, daß der Versuch einer Tuberkulosebekämpfung beim Menschen gleich nach dem Schema der Vorvaccination nicht anschreien werden kann. Wenigstens würde ich für meine

zu Meldungen und hörte die Vorträge der Herren Staatsminister und des Königl. Kabinettssekretärs.

**Dresden.** 9. Februar. Se. Königl. Hoheit der Prinz Johann Georg wird heute abend im Verein für Erdkunde dem Vortrag des Oberstabsarztes Dr. Wille „Reisen in Griechenland“ bewohnen.

### Deutsches Reich.

Berlin. Se. Majestät der Kaiser hatte gestern früh eine Konferenz mit dem Reichsführer und hielt dann im Königl. Schloß die Vorträge des Chefs des Ingenieur- und Polizei- und Generalinspektorats der Belungen, des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabes der Armee und des Chefs des Militärlabors.

Aus Anlass seiner diesjährigen Tagung hielt der Deutsche Wissenschaftsrat gestern abend im Kaiserhof ein Festmahl ab, zu dem etwa 50 Gäste geladen waren, unter ihnen der Reichskanzler Fürst v. Bülow, die Minister Frey v. Altenstein, v. Bodenlos, v. Bismarck-Holweg, Dr. Delbrück, der Präsident des Reichstags Graf v. Bockheim, Chef der Reichskanzlei Geh. Rat v. Treitschke, Polizeipräsident v. Pörries, die Gesandten Graf Leichhardt, Graf v. Hohenlohe und Bergen, v. Oertzen und Dr. Klugmann, Unterstaatssekretär im Reichskanzleramt Innern Wermuth, Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium v. Conrad, Prof. v. Behring, Präsident des Reichsgesundheitsamtes Geh. Rat Bumm. Der Reichsführer hatte den Ehrempfang neben den Vortragenden des Landwirtschaftsministeriums v. Schmerin v. Schwinitz-Löwitz inne. Nachdem Graf v. Schmerin nach längerer Rede ein mit Begeisterung aufgenommenes Echo auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser ausgetragen und Geh. Hofrat Dr. Mehnert die Gäste begrüßt und darauf hingewiesen hatte, daß die Landwirtschaft den allegrößten Wert auf die Erhaltung des gegenwärtigen Vertrauens zwischen ihr und der Regierung lege, sowie besonders des Professors v. Behring gehabt hatte, der Leute der Wissenschaft, die den Namen des deutschen Gelehrten in höchsten Ehren aber Länder und Meere der Welt hinausgetragen habe, erhob sich der Reichskanzler zu folgender Rede:

R. H. 9. Jahrhundert vergangen, freilich ich zum erstenmal in Ihrer Nähe erschien. Seitdem habe ich seines Wissens nie gehabt, wenn ich der Deutschen Bauernwirtschaftsverein hier vereinte. Und ich bin immer gern zu Ihnen gekommen. Auch außerhalb dieser feierlichen Gelegenheiten habe ich — mein Herr Nachbar zur Rechten hat dies schon erwähnt — eben manches zusammen durchgemacht. Freud und Leid, und unsere Kameradschaft hat mehr als einen Sturm überstanden. In einem dieser Stürme hat der Dr. Graf Schmerin, den ich für seine großen Werke aufrichtig halte, erinnert: Da ist die Fleischzersetzung, die mir durchdringt haben. Ich dankte Ihnen, m. H. für die Anerkennung, die Sie mir für meine Haltung in dieser Frage durch den Mund Ihres Herrn Nachbarn haben zutreffend verstanden. Diese meine Haltung war aber selbstverständlich (Brot). Mit Ihnen glaube ich nicht nur des Bauernwirtschaftsvereins, sondern dem Lande geboten habe. (Behaglich Brot). Ein Tadel hat es natürlich trotzdem nicht gefehlt. Daran habe ich mich aber allmählich gewöhnt (Heiterkeit). Das ist klar und deutlich und vom sozialdemokratischen Standpunkt aus auch ganz verständlich. Um so mehr aber haben Siegerungen und Reichsführer die Wahrheit, wenn Sie auf dem Gebiete der Bauernwirtschaftsvereins mit Recht eine der schlechten Fundamente des monarchischen Staatskreises genannt hat, zu schützen, seine Erfordernisse zu sichern und Ihnen nicht weiterzulassen zu lassen (Leichtes Brot). Dieser Platz werde ich genauso, so lange ich an leitender Stelle stehe. (Südländisches Brot) Und ich möchte, daß wir in dieser Richtung alle diejenigen unterstützen möchten, die auf dem Boden der deutscheren Wirtschaftsförderung stehen, die eine fröhliche und freie deutsche Entwicklung unserer inneren Bevölkerung wünschen, unbedenklich der Ausbildung der Jugend für diese oder jenseits der Universität. Denn so lange der Landwirt, so lange der deutsche Bauer auf seiner Scholle sitzt, so lange er ein erträgliches Leben hat, da er es sucht, wenn eine Krise hinter seinem Rücken steht; anderseits muß er ein Areal haben, wo ein Rhinoceros (Große Heiterkeit). Diese letztere Eigenschaft gegenüber ungerechten Angriffen empfiehlt ich auch allen meinen Kollegen. Wer ausladende Versetze hat, der magt in unserer Zeit nicht zum Minister. Wegen der Fleischzersetzung regt es ja Angst auf mich und auf den Herrn Landwirtschaftsminister, den Landwirtschaftsminister, von dem ich höre, und von dem wir alle hören, daß sein politischer Blick auf sein Organisationsvermögen der Bauernwirtschaft noch lange an verantwortlicher Stelle erhalten bleibt mögen (leichtes Brot). Durch solche Angriffe durfte ich mich nicht abbringen lassen von

meiner Pflicht, von meiner gen. erfüllten Pflicht, endlich Besserung in die ländlichen Verhältnisse zu bringen, den Bauern wieder Nutzen zu machen und damit dem gesamten deutschen Volksland zu dienen. (Beholdtes Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Fleischzersetzung, die sich in verschiedenen Regionen längere Zeit destruktiv wirkt gemacht hat und zum Teil noch wirkt macht, eine sehr erstaunliche Frage ist, welche die größte Bedeutung verdient, und deren Bedeutung ich nie einen Augenblick verkannt habe. Ich war von vornherein, als die Fleischzersetzung eine Kolossalität zu werden drohte, entlastlos, bestellt eingetragen, sowohl dies nun in meine Pflicht steht. Solchen wirtschaftlichen Auswirkungen gegenüber ist meine Pflicht wieder abgestuft, und solche Überfälle können nicht von heute auf morgen durch irgendeine Maßnahme beendet werden. (Beholdtes Brot).

W. H. Wenn dieses Mindestmaß erreicht ist, so ist es

nicht angewandt. Ich kann aber nicht meine Zustimmung zu einer Waffengesetz geben, das den deutschen Reichstag gezwungen hat, die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Und sonst die Befreiung ohne Gewalt, ist für unsicher und kann sie zugelassen werden, um die Fleischzersetzung

auszuschließen. Berücksichtigt wir aber anderweitig die Bedeutung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß der Befreiung der Waffen

und des Grund und Bodens kein möglich zu leben. Dennoch will ich die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

W. H. Ich weiß sehr wohl, daß die Befreiung des Reichslandes (Brot).

</

Wosen. Der Kardinal Fürstbischof von Breslau Dr. Kopp ist heute mittag zum Besuch des Erzbischofs Dr. v. Stadler hier eingetroffen und um 7 Uhr abends nach Breslau zurückgekehrt.

Ratlsruhe. Die Zweite Kammer wählte an Stelle des verstorbenen Abg. Lauf den Abg. Schmitz (S.) zum zweiten Vizepräsidenten.

— Der sozialdemokratische Abg. Beck hat sich nicht nur am Dienstag in der Sozieten babilischen Kammer bereit erklärt, alle höflichen Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die das Amt eines zweiten Bisekretärs von ihm etwa verlangen würde, sondern er hat, wie die

**König.** „Sitz.“ mitteilt, noch eine weitere prinzipiell wichtige Erklärung abzugeben, indem er sagte, daß seine Fraktion sich der Verpflichtung für das Finanzgesetz zu stimmen, dann nicht mehr entziehen könne, wenn sie es hat sei, daß sie für das Schidhal des Budgets mit verantwortlich sei. Dazu bemerkte die „Fr. D. Pr.“ mit Recht: Die Worte Gads bedeuten zugleich eine angekündigte Absehung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion; denn sie beweisen, daß man im Reichstag nur darum gegen den Staat im ganzen stimmt, weil man sicher ist, daß er doch mit Hilfe der bürgerlichen Parteien angenommen wird und man sich also den Luxus eines „prinzipiellen“ Neinsetzens ohne Gefahr gestatten kann. Daß diese Heuchelei gerade den demokratischen Grundsätzen direkt ins Gesicht schlägt, das wird denen um Bebel und Singer auch wohl klar sein.“

**Spanien.**

gegen 1 Stimme angenommen.

**Frankreich.**  
Paris. Der Senat hat den vom der Deputierten-  
sammer genehmigten Gesetzentwurf, wonach der Beitrag  
der von der Banque de France zu verausgabenden  
Noten um 800 Mill. erhöht wird, angenommen.  
zu vermählen, amtlich bekanntzugeben. Die  
auswärtigen Regierungen werden am 20. Februar be-  
nachrichtigt. Die Hochzeit ist wahrscheinlich am 2. Juni.  
— Gerüchte von einer teilweisen Minenkrise  
sind im Umlauf. Das Blatt "El País" glaubt, der

— Um den von mehreren Handelslagerhaften gehauerten Wünschen zu entsprechen, hat die französische Regierung mit der russischen Regierung eine Zulah-

\* In Erwartung der Reorganisation der Verwaltung in den Ostseeprovinzen und den Personalveränderungen in den höheren Administrationsstellen wird auch die deutsche baltische Bevölkerung einen Bündnisgründen, der rein nationalen und kulturellen Zwecken dienen soll. Der Bund will durch zahlreiche Komitees für die Idee des baltischen Deutschstums Vorschläge erarbeiten.

— In Versailles wurde der Inventaraufnahme in der St. Symphoniekirche erheblicher Widerstand entgegengesetzt. Als der Präfekt Boisson und die Finanzbeamten die Kirche betraten, wurden sie von den Planfeststellern mit Stühlen und Steinen bombardiert. Der Präfekt wurde erheblich am Kopfe verletzt. Gendarmerie und Truppen drangen in die Kirche ein und verhafteten

Die Gerüchte vom Rücktritte des Generalgouverneurs Sollehub und des Gouverneurs Swetloff sind unbegründet. Die Nachrichten über die Lage in den Bezirken der baltischen Provinzen, die ethnische Bevölkerung haben, sind bestreitigend; die revolutionäre Bewegung ist im Gelöschten. Die Melbungen aus den Bezirken mit lettischer Bevölkerung sind

die auch die unmittelbarsten Kührer unterzeichnet hatten.

**Paris.** 8. Februar. Deputiertenkammer. Die sozialistischen Deputierten Sembol, Jourde und Guillain verlangten von der Regierung darüber Auskunft, ob sie für die in der Angelegenheit der Konferenz von Algeciras und der Marokkofrage erlassene Proklamation die Verantwortung übernehme. Ministerpräsident Rambel erwiderte hierauf, die Regiersteller legten es darauf an, ihm noch einmal die Tatsache

wiederholen zu lassen, daß die französische eine unbedeutende Freiheit geweckt, und daß die Regierung die Pressecampagne weder gebilligt, noch initiiert, noch einer Deutung unterworfen hat. Der Ministerpräsident hält noch dazu, daß es nicht angebracht sei würde, eine neue Regierung über die laufende Politik in dem Augenblick ins Auge zu rufen, wo die Verhandlungen in Algiercs andauerten. Dovres erkennt an, daß der Standpunkt der Regierung richtig sei, hält aber fest, daß der Machthabende, die ihm zu der Interpellation veranlaßt hätten, eine Mafke darstellen und zieht hierauf die Interpellation zurück. Hierauf ist diese Angelegenheit erledigt.

**Belgien.**

Brüssel. Der Vorstand des Philosophischen Instituts in Löwen Ronsenieur Mercier ist zum Erzbischof von Mechelen ernannt worden.

Die Steuernahmen, die über 20 Proz. des Grundkapitals betragen, unterliegen außerdem einer 10prozentigen Steuer. Die Direktoren und Verwaltungsmitglieder aller Unternehmungen, die zur Veröffentlichung ihrer Rechenschaftsbücher verpflichtet sind, haben von dem Jahresgehalt und den Gratifikationen, die sie von einer oder mehreren Instituten erhalten, eine Prozesssteuer zu entrichten.

für schwindsüchtige Menschen. Die Erfahrungen, die ich inzwischen gemacht habe, lassen mich mehr wie je festhalten an dem Ergebnis, über den Kreis derjenigen Tuberkuloseforscher, die jetzt schon mit dem Gange meiner tuberkulose-therapeutischen Arbeiten vertraut sind, nicht hinauszugehen.

Ges. Rat v. Behring schloß seine mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgten Auseinandersetzungen mit der Entwicklung seines wissenschaftlichen Programms, wobei er allerdings nicht versäumte, daß seine diebstäglischen Ausführungen noch viel Zulunftsraum enthielten. Ges. Rat v. Behring sagte: Ich habe in meinen sachlichen Auseinandersetzungen keine Aussichten entdeckt, von denen ich nicht glaube, daß sie sich nicht erfüllen werden. Was ich jetzt weiter noch sage, liegt auf dem Gebiet der Sauglingsmilch. Ich lass Ihnen zu meiner Freude mitteilen, daß ich meinem lange erstrebten Ziel zur Herstellung einer einwandfreien Sauglingsmilch immer näher komme. Ich stehe auf dem naturwissenschaftlichen Standpunkt, daß, wenn die Bedingungen einmal festgestellt sind, unter denen sich ein Ereignis ereignet, sich dieses Ereignis auch entsprechend regelmäßig vollzieht. Ich hoffe, daß, wenn Sie mit mir hinsichtlich des über die Sauglingsernährung gelesenen Teiles übereinstimmen, Sie zu ihrem Teile beitragen werden, um diese wichtige Frage zu einer glücklichen Lösung zu führen. Ich habe mich auf dem Wege der rücksichtslosen Verfolgung meines Ziels jahrelang allein befunden und freue mich, daß dem jetzt nicht mehr so ist. Mein Motto ist: Nicht: ja! — aber: ! — sondern: Ja! — also: !

Hierbei ist vor viel erweiterten Titularen nachdrücklich zu warnen. Berichtet man doch selbst in den Komversationsblättern, daß bei Wien 1683 durch König Johann Sobieski die ganze Reiterei gebebelt worden sei, weil man nicht wußte, daß dem König überhaupt kein Recht zur Beliebung des Adels galt, sondern nur dem Reichstage, daß die Reiterei des Landes, namentlich die bei Wien, durchgängig aus Chellenten bestand, daß eine Massenmobilisierung in Polen nicht nachweisbar ist, für familiengeschichtliche Nachforschungen auf polnischem Gebiet ist zunächst auf die allgemeine Literatur über polnische Geschichte zu verweisen. Die besaglich seien folgende Schriften hervorgehoben: Röppel, Geschichte Polens (bis 1300, Hamb. 1840) und im Anschluß daran Garz, Geschichte Polens (1300 bis 1506, Gotha 1863); Lenormich, Geschichte des preußischen Lande polnischen Anteils (Danz. 1722 bis 1755, 9 Bände); derselbe, Historia polona a Lechusque ad Augusti II. mortem (Leipz. 1740); derselbe, Ius publicum regni poloni (Danzig 1742, 2 Bände); Scriptores rerum polonicarum (Ratibns 1872ff.); Monuments Poloniae historica (Lemberg 1874ff.); Sollewijow, Geschichte des Falles von Polen (Gotha 1865); Ferrand, Les trois démembrements de la Pologne (neue Ausgabe, Paris 1864, 3 Bände); Beer, Die ersten Teilungen Polens (Breslau 1872, 2 Bände); Sauer, Ma-

Der polnische Adel im Königreich Sachsen.  
Mit Rücksicht auf das Königreich vom 19. September 1902.  
Von Regierungsrat Prof. Dr. Herderzried,  
Konsular für Adelsangelegenheiten im Königl. Ministerium des

Janusz.  
(Fortschang.)  
für diejenigen, die nach dem nächsten Weißgerich  
am 10. September 1890 zu erscheinen haben.

Höhe von 1 bis 7 Proz. zu entrichten. Der letztere Steuerfach gilt für Gehälter im Höhe von 20 000 Rubel jährlich.

Serbien.

Belgrad. Nach einem zwischen den oppositionellen Parteien getroffenen Vereinkommen soll die in den letzten Tagen geübte Obstruktion fortgesetzt werden, weil man annimmt, daß die Skupština infolge des knappen Falles der zu den Sitzungen erscheinenden Abgeordneten für längere Zeit nicht arbeitsfähig bleiben könnte. In den Kreisen der Regierungspartei wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine Verständigung mit der Opposition dem offenen Bruch vorziehen sei, da letzterer die Auflösung des Hauses nach sich ziehen könnte, was gerade im gegenwärtigen Augenblick nicht im Interesse des Landes gelegen wäre. Weil jedoch außer dem deutsch-serbischen Handelsvertrage nur Gesetzesvorschläge von geringer Bedeutung auf der Tagesordnung stehen, dürfte bei Fortdauer der Obstruktion die Sessjon der Skupština nach Annahme des deutsch-serbischen Vertrags, der in diesem Falle durch Ablamimation votiert würde, abschließen werden.

Colonialpolitisches

Deutsch-Südwestafrika. Gouverneur v. Lindequist meldet: Jaak Waboi, älterer Sohn und Nachfolger Hendrik Wabois, hat sich am 3. Februar mit 21 Männern in Kunub (16 km nördlich von Stampfcifontein) gekleidet und 13 Gewehre abgeliefert. Das ist anscheinend der Rest der bis jetzt der Grenze befindlichen Wabois. Aus Zeitungen erah ich, daß Jaak Waboi vielfach mit dem Unteroffizier Samuel Jaak, der sich jetzt ergebt, verwechselt wurde.

amtliche Meldung. Oberleutnant Richard Schröder, geboren am 17. Juni 1875 zu Glogau, früher im 8. Westpreußischen Infanterieregiment Nr. 175, am 16. Januar 1906 beim Sturm auf die Höhlen Rutes durch Schuß ins Knie gefallen. Am 1. Februar 1906 im Gefecht bei Autas leicht verunstaltet; Hauptmann Heber v. Basse, geboren am 24. Mai 1872 zu Hannover, früher im 1. Gardeallianz; Streitkampf rechter Unterarm. Unteroffizier Otto Röder, geboren am 12. Oktober 1883 zu Döbeln, früher im Königlich Elisabeth Garde-Grenadierregiment Nr. 8; Streitkampf rechter Oberschenkel. Armer Gefreiter Martin Krämer, geboren am 18. November 1883 zu Leipzig, früher im 1. Königlich Sächsischen Feldartillerieregiment Nr. 77, am 18. Januar durch Polten in Rastbach schwer verunstaltet; Schuß Knie, Schulterblatt, Rücken. Heiter Anton Wallmann, geboren am 18. August 1883 zu Beiershagen, früher im Kaiser Georg Garde-Grenadier-Regiment Nr. 7, am 4. Februar 1906 im Regen mit Reitersab-  
koop an Steuerabklammerung getötet.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags lehrte offensiv die allgemeine Erleichterung über die Schätzungen im Österreich bei der Beratung des Staats für das staatsfinanzielle Schätzgebiet fort. Der Titel 1 wurde bestätigt. Zur Beratung gelangte Position 2, Kofisalverwaltung. Diese beantragte der Sicherer Bevollmächtigung. Er betonte besonders das erfolgreiche Vorgehen des Sonderausschusses am Samstag. Vorsteher Dr. Goetze stützte sich dem Antrage an. Es wurden dann verschiedene Positionen be-

Ansage an. Es wurden darauf verschiedene Positionen be-mühtig. Bei der Generalverwaltung berührte Hrg. Brins-Wrenberg als Referent die Frage der Landmesser; er be-antragte Streichung eines Landmessers und zweier Vermessungsgehilfen. Referent Dr. Voasche stimmte dem Antrage zu und regte an, die Leiter der Institute in Amman etwas aufzuhöfeln und fest anzupfeilen. Geh. Rat Seitz bat, die Landmesser nicht zu streichen. Der Gouverneur legte bestimmtes Gemüde daran, zumal auch andere Kolonialanstalten das im Vermessungswesen bedeutend überlegen seien. Die Frage sei dringend, man müsse schnell zu einem geordneten Grundbuchwesen kommen. Es sei Hoffnung vorhanden, den Leiter von Amman zu holen. Hrg. Dr. Krebs war für die Abänderung des Gesetzes nicht zu sprechen.

Streichung; eine Durchsichtung auf ein Jahr sei nicht von großer Tragweite. Abg. Dr. Müller-Sagan trittete die Durchsichtung der Publikationen der Station Amasi; ebenso Abg. Dr. Gräberger (S.). Er sprang zu hohenste-Vangenburg verpflichtet, dieser Anregung Folge zu geben. Abg. Dr. Prinz Wrenberg (S.) erinnerte die Notwendigkeit der Vermessung des Kronlandes zum Schutz der Einwohner und der Feststellung des Wertes der Bodenschätze bei Bongani und zog den Antrag auf Streichung zurück. Der Korrekturrat Geh. Rat Heisselrich trat für die Bewilligung der Bandmeier ein und wies auf die neuen Silvaplanterien bei Uhambaro hin und die härtere wirtschaftliche Qualifizierung der Kolonisten. Die Vermessungsbeamten wurden bestätigt und dann wurde Position 1 (Zentralverwaltung) des Tzief 4 für weite Hälfte des Kap. 1 (andere persönliche Ausgaben) angenommen. Es folgt bei demselben Tzief Pol. 1 (Zentralverwaltung) (4144500 R., das sind 283 700 R. mehr als im Vorjahr). Hierzu Abg. Prinz Krebsberg (S.) hält die Festsetzung der Zentralverwaltung über das ganze Schutzbereich für unverzüglich. Korrekturrat Abg. Dr. Saalde ist trotz den Kostführungen des Vorbebaus bei. Es sei zu erläutern, ob nicht eine Reihe von Bezirkshämmern wesentlich zu beladen

er nicht eine Weise von Beziehungen zwischen der Zivilverwaltung und dem Militär eine allmähliche Überführung in die Zivilverwaltung vorgenommen sei. Die angehörenden neuen Poststellen (höchste Postbeamte, leichte Poststelle) seien unter dem Gesichtspunkte des hohen Wertes unserer kolonialen Posten zu betrachten. Nebenbei bat, den hier vorstehenden Oberförster Ebert über den Wert der Wälder zu hören. Abg. Erzberger hatte ebenfalls Bedenken gegen die Höhe der Kosten, die aus der Errichtung von Post- und Militärverwaltung entstünden. Er beantragte Abklärung der geforderten 8 Bevölkerungsmann, 3 Residenten, 17 Schieds- und 9 Kanzleigefüllten. Sch. Rat Sels.: Die Umwandlung in die Zivilverwaltung sei seit langem geplant. Unter dem jetzigen System leide nicht nur die Verwaltung, sondern auch das Militär. Einzelne Stationen dienten nicht durch Militär verwaltet werden, die oft auf militärischem Interesse möglichst die Station verlassen müssen. Eine funktionale Verwaltungspraxis könnte sich vorläufig noch nicht bilden. Auch sei die Bereitstellung von Militär und Verwaltung angesichts der leicht austreibenden Zustände sehr schwierig. Eine zentrale Führung sei bedeutslich. Abg. Dr. Müller-Sagan (in Br.) will die Zivilverwaltung noch nicht über das ganze Schengengebiet aufgebauen haben. Abg. Leckeburk schloß sich dem an. Abg. Erz. u. Richterholz (ost) befürchtet eine Rückführung auf die militärische Situation. Auch weiterer wissenschaftlicher Debatté, an der Sch. Rat Sels., Abg. Dr. Riebold, Abg. v. Böhlau-Berff, Abg. Erzberger und Abg. Dr. Müller-Sagan beteiligen, wurde die Verteideratung auf Herbsttag vertagt.

anno 1507 usque 1795 (12 Bd. Krakau 1878 bis 1892). — Vetera monumenta Poloninae et Lithuaniae genti umque finitimarum histricam illustrantia ed. Theiner (Nom. 4 Bd. 1860 bis 1864) über die Geschichte speziell des polnischen Adels und seiner einzelnen Familien existiert eine sehr umfangreiche Literatur, besonders in polnischer Sprache. Für diejenigen, die lediglich der deutschen Sprache mächtig sind, kommen in erster Linie die ausgedruckten Werke Emiliani's v. Jerniki-Szeliga in Betracht. Dieser sehr hochbetagte Gelehrte (wohnhaft in Pankow bei Berlin) hat ein ganzes arbeits- und erfolgsreiches Leben daran gesetzt, die Geschichte der polnischen Adelsfamilien aufzuhellen. Seine Werke sind sämtlich im Verlag von Henri Grand in Hamburg erschienen. Wir nennen zunächst sein Buch „Die polnischen Stammwappen, ihre Geschichte und ihre Sagen“. Die auf 16 Tafeln diesem Buche beigegebenen 185 farbigen Wappendarstellungen sind sehr lehrreich und können der Herstellung derartigen farbigen Wappendarstellungen zugrunde gelegt werden, das nach der Ausführungserordnung vom 19. Sept. 1902 zu dauerndem Verbleib bei den Akten des Königl. Ministeriums des Innern einzureichen ist. Eine gut geschriebene „Geschichte des polnischen Adels“ aus v. Jerniki's Feder ist jedoch erschienen, mir sind desgleichen im Vorstehenden wiederholt gefolgt. Hier wird prinzipiell davon abgesehen, die ganze äußere und innere Geschichte des Landes zu umfassen; dafür hebt das Buch in lichtvoller Klarheit die Epochen hervor, die für die Standesentwicklung von besonderer Bedeutung waren. Mit besonderer Präzision ist demselben beigegeben: „Beigallenliste des 1772 Preußen huldigenden polnischen Adels in Westpreußen“. Das für familialgeschichtliche Studien wichtigste Werk v. Jerniki's ist bestimmt: „Der polnische Adel und die demselben hinzugehörigen ausländischen Familien“, welches die Entwicklung und Geschichte der polnischen Adelsfamilien in den Jahren 1507 bis 1795 darstellt. Bei jeder Familie ist, soweit es zu erforschen war, angegeben: das Wappen, Ort und Zeit, wo die Familie genannt genannt wird, etwaige Verbindungen, Namener, einzelne Zweige, Erlangung höherer Adelsprädicate und dann aller Quellen, welche die Adelsqualität der Familie betonen und sonstige Notizen über dieselbe enthalten. Das diesem Werk zugrunde gelegte handschriftliche Material war so weislich, daß das Manuskript mit teilweise gedruckt werden konnte. Die Verlagsabhandlung ist gegen eine sehr mäßige Berechnung bereit, aus dem nicht gedruckten Teile des Manuskripts Anfragen zu beantworten. Verfasser dieser Zeilen ist in dieser Hinsicht von dem Verlag von Henri Grand in Hamburg sehr launig behandelt worden und empfiehlt diesen Weg der Forschung auf das angelegentlichste.“ Alphabetisch nach den Wappennamen geordnet ist *Opholli*, *Oritis Polonus splendoribus easeli triumphus mundi etc. condicatur, in quo antiqua Sarmatarum gentilicia per vetustae nobilitatis Poloniae insignia vetera et nova indigenatus meritorum præmissa et arms specificantur et reliquent.* (3 Bände fol. Krakau 1641 bis 1645.) Im übrigen steht ich hier die folgende Literatur über polnische Adelsgeschichte zusammen, da ich eine derartige Zusammenfassung von joller Volkskundigkeit nirgends gefunden habe: *Bobrowiecki, Herbary Polski* (Leipzig 10 Bände 1889 bis 1846, durch die alphabetische Anordnung nach Familien übersichtlich); *Boniecki, Herbary Polski. Wiedomosci historyczno-genealogiczne o Rodach slazackich* (das umfangreichste Werk, das über den polnischen Adel überhaupt existiert; es erschien in Warschau seit 1899; bis jetzt sind sieben starke Bände in Großquart in alphabetischer Reihenfolge der Familien erschienen; der letzte Band reicht nur bis Halkiewicze; die Fortsetzung des Werkes wird noch Jahre beanspruchen); *Boniecki, Poecet*

\*) Außerdem bietet sich der Weg dar, sich an Heimatgelehrte zu wenden, die sich mit vorsiliger Genealogie und Heraldik beschäftigen. Ein Verzeichnis solcher Personen findet sich bei Gottho Öhrn's "Österlein, Hand- und Werthebuch der Genealogien und heraldischen Enzyklopädie" (Band II, S. 22).

Vom Landtage.

Dresden, 9. Februar. Die Zweite Kammer besuchte sich in der heutigen Sitzung, der am Abgängetische mehrere Regierungskommissionen bewohnten, mit der Beschlussfassung von zwei Petitionen. Über die erste Petition, die Petition der Mineralwasserfabrikanten im Königreich Sachsen, die Kosten der Revision der Mineralwasserfabriken und Vermeidung von Härten bei den Revisionen betreffend, lag ein schriftlicher Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation vor. Die Deputation schlug vor, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Berichterstatter war Abg. Dresdner. Ohne Debatte und einstimmig beschloß die Kammer dem Deputationsantrage gemäß. Ebenso ließ die Kammer, gleichfalls ohne Debatte und einstimmig, die Petition der Geschwister Köhler in Reichenbach i. B. Schadensansprüche wegen angeblicher Verfehlungen der Gerichte betreffend, auf sich beruhen. Den Bericht für diese Petition erhieltte Abg. Löwenthal.

#### Tagesordnung der Rämmen-

II. Kammer. 56. öffentliche Sitzung Montag, den 12. Februar, mittags 12 Uhr. 1. Schlussberatung über den minütlichen Bericht des Finanzdeputationen A über Kap. 17 und 18 des ordentlichen Staatshaushaltstests für 1866/67. Ausloslotterie und Lotteriedeckelstoffs Heitnerfeld. (Drucksache Nr. 158.) 2. Schlussberatung über den schriftlichen Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Überregierungsr. Dr. Augustinian Sonnenthal in Dresden, die ertheilte bedingte Genehmigung zur Veranstaltung von öffentlichen dramatischen Schauspielvorführungen berechtend. (Drucksache Nr. 159.) 3. Schlussberatung über den schriftlichen Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Sachsenh. Physiographenkunds (s. B.) um Beleistung der Anwendbarkeit des § 4 Abjag 1 des Königl. Sachsenh. Gesetzes, die Sonn., Tech. und Wissenschaftsverein Heitnerfeld, vom 10. September 1870 am lebensfähige Photographe und Anfänger der Ton- und Fotografie der lebendigen Photographien nach dem Modell der im Königlich Sachsen gehenden Verhandlungen. (Drucksache Nr. 161.)

Ortlieb.

Dresden, 9. Februar

In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten veranlaßte nach dem Berichte des „Dresden Anz.“ das Gesuch des normalen Arbeiters beim Tiefbauamt, Berlin, seine Wiedereinstellung in den städtischen Dienst in die Wege zu leiten, eine längere Debatte. Dieses Gesuch war vom Hen. Vorsteher an den Rat mit der Bitte um Weiterleitung des

Vorsteher an den Rat mit der Bitte um Genehmigung des Sachstands abgegeben werden. Der Rat teilte mit, daß Berlin vom 4. April 1892 bis zum 15. September 1905 beim Tiefbauamt beschäftigt gewesen und seine Entlassung erfolgt sei, „weil sich bei ihm ein unzufriedenes, aufdringliches Wesen herausgebildet hatte und er sich bestreite zeigte, auch in anderen Unzufriedenheit zu erkennen, während seine Leistungen auf das Unternormale herabgesunken waren. Den besonderen Grund gab eine Anzeige, wonach er sogar unter Drohungen keine Mitarbeiter zum Beitritt zu dem Gewerkschaftsverbande hätte veranlassen wollen.“ Der Vorsitzende Dr. Jukitzrat Dr. Stödzel bemerkte hierzu, daß Kollegium sei in dieser Frage nicht zuständig. Die erbetene Auskunft sei vom Rate gegeben worden; er schlage deshalb vor, von der Mittteilung des Rates Kenntnis zu nehmen. Stadt-Notarbeiter Flechner trat für den Geschäftsführer ein, wobei von der Tribune aus der Zutur: „Sehr richtig“ vernommen wurde, den der Vorsitzende rügte und drohte, im Wiederholungsfall die Tribune räumen zu lassen. Dr. Oberbaumeister Klette beschäftigte die Auskunft. Das Kollegium nahm dann von der Mittteilung des Rates Kenntnis. — Ein Besuch des engsten Ausschusses des Ausbreitungsvereinbunds der deutschen Gewerkschaften im Königreiche Sachsen, zur Aufnahme der Heimarbeits-Ausstellung in Berlin, die auf einige Wochen nach Dresden kommen soll, entsprechende Räume zur Verfügung zu stellen sowie die Kosten der Überfahrtung, die voraussichtlich durch eventuell zu erhebendes Eintrittsgeld gedeckt werden würden, auf die Stadtfasse zu übernehmen, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden an den Rat mit der

auf Vorlage des Vorstehenden an den Rat zu der Bitte um beschleunigte Entschließung abgegeben. — Über die Neuorganisation der Dienstbotenkassen-  
kasse, die Bewilligung des hierdurch entstehenden höheren Verwaltungsaufwands und die Festsetzung der Räthen-  
beiträge auf die Jahre 1906 und 1907 erläuterte für den  
Rechtausschuss Dr. Stadlo. Dr. med. Oppe und für den  
Finanzausschuss Dr. Stadlo. Dr. med. Baummann Bericht  
und schlugen folgendes vor: Den Entwurf der Satzungen  
zu genehmigen und den erhöhten Verwaltungsaufwand  
zu bewilligen, hagegen daß für außerordentliche Hilfs-  
kräfte gesonderte Berechnungsgeld von 500 M abzulehnen  
und die Beiträge für die Jahre 1906 und 1907 auf  
jährlich 12 M festzulegen. Nach langer Debatte, an  
der sich die Stadlo. Dr. Baummann. Höfner. Dr. Götsch

Wählig, Bürgermeister Dr. Böttmann, Stadtrat Dr. Leichmann, Dr. Graupner, Dr. Vogel, Blodemann und Stadthauptbuchhalter Krummborn beteiligten, wurde das Auschmückgutachten einstimmig angenommen. — Die Ratsvorlage, betreffend die Bewilligung von 15000 R. zur Herstellung der auf der 3. deutschen Kunstgewerbeausstellung zu Dresden 1906 auszuführenden Einrichtung des Sitzungssäumes der sächsischen Staatsfeste in dem im Bau begriffenen neuen Staatskanzleibau wurde auf Antrag des Stadtr. Baumeisters Rothenbücher nach einer Debatte, an der sich die Stadtr. Blodemann, Frank und Krüger beteiligten und nach Ausführungen der Herren Stadtbaurat Elwein und Bürgermeister Leopold einstimmig angenommen.

\* über die von der Sächsischen Staatsbahnverwaltung in Aussicht genommenen Verbesserungen in Personenwagen vierten Klasse können wir folgendes mitteilen. Die genannte Verwaltung hat seither schon in einer Anzahl Personenwagen vieter Klasse Schiebewände und Aborte einbauen lassen. Diese Einrichtung wird zunächst in 30 weiteren vergleichbaren Wagen durchgeführt. In allen Personenwagen vieter Klasse werden übrigens einige Haken zum Aufhängen von Kleidungsstückstüden angebracht werden. In einigen Wagen vieter Klasse befinden sich seither schon Handhaben, um diesen für diejenigen Reisenden, die auf den Bänken keinen Platz finden, sondern in der Mitte des Wagens sitzen, anhalten können, wenn in vereinzelten Fällen diese Wagen im Betriebe stärkeren Geschüttungen ausgesetzt sind. Mit besartigen Handhaben sollen auch die übrigen Wagen vieter Klasse versehen werden. Alle diese Verbesserungen lassen sich aber nur allmählich durchführen, denn die Wagen müssen selbstverständlich nur nach und nach in die Werkstätten gebracht werden.

\* Das im Druck und Verlag von C. Heintz & Co erschienene Verzeichnis des Personals der Königl. Sächs. Staatsforstverwaltung auf das Jahr 1906 gibt auch Aufschluß über die Größe der Staatsforstgründüste, die zusammen 178 769 ha umfassen, 324 ha sind davon Stiftungsgrundfläche (Forstrevier Rimbach, Eigentum der Landeshöhe Grünma). Ihrem Umfang nach ist die Reihe der Forstbezirke folgende: Auerbach mit 24 484 ha, Dresden mit 23 104 ha, Schandau mit 21 329 ha, sodann Schreiberberg mit 19 527 ha, Marienberg mit 18 829 ha, Eibenstock mit 18 115 ha, Grünma mit 15 084 ha, Bärenfels mit 14 618 ha, Zschopau mit 12 747 ha, Gräfenberg mit 11 302 ha. Oberförstereien befinden in Dresden-R. Terezenstraße 25, in Schandau, Freiberg in S. Bärenfels, Marienberg, Schwarzenberg, Eibenstock, Auerbach, Zschopau und Weißendorf. Zum Forstbezirk Dresden gehören zwölf Oberförstereien, Forstrevier Halsendorf wird von einem Forstassessor verwaltet.

\* Die Schneeverhältnisse im oberen Erzgebirge sind immer noch günstig, um dem Schneeschuhspor halbigen und Schleitensfahrten ausführen zu können. Die Staats-eisenbahnoberwaltung wird deshalb die bekannten Sonderzüge von Müglitz bei Bautzen nach Gersing-Altenberg und von Chemnitz nach Oberwiesenthal am nächsten Sonntag, den 11. Februar wieder verlegen lassen. Der erste wird nach Aufnahme des Anschlusses 8 Uhr vormittags ab Dresden Hauptbahnhof von Müglitz 8 Uhr 23 Min. vormittags abfahren und Gersing-Altenberg 10 Uhr 7 Min. vormittags ankommen. Die Rückfahrt erfolgt nachmittags 5 Uhr 35 Min. von Gersing-Altenberg und die Ankunft in Müglitz 7 Uhr 13 Min. abends, so daß die Teilnehmer in Dresden-Hauptbahnhof 7 Uhr 37 Min. abends wieder eintreffen können. — Der andere Sonderzug verläßt den Hauptbahnhof Chemnitz 6 Uhr 15 Min. früh und Müglitz 6 Uhr 40 Min., um Oberwiesenthal 9 Uhr 35 Min. vormittags zu erreichen. Die Rückfahrt von dort ist am nachmittags 5 Uhr 55 Min., die Ankunft in Müglitz am 8 Uhr 40 Min. und im Chemnitz auf 9 Uhr 2 Min. abends festgesetzt. Anschluß von Dresden an diesen Zug bietet der 4 Uhr 27 Min. früh vom Hauptbahnhof hier selbst abfahrende Personenzug, während in der Gegenrichtung der Personenzug 8 Uhr 41 Min. abends von Müglitz die Teilnehmer nach Dresden aufnimmt, die dann dem Hauptbahnhof hier selbst 10 Uhr 37 Min. abends ankommen. Zu beiden Sonderzügen gelten die gewöhnlichen Fahrlizenzen einschließlich derjenigen für Geschäftsfahrten.

\* Der Stadtverein für innere Mission will zu den auch in diesem Jahre erfolgreichen Ausflugabenden noch einen außerordentlichen Dichterabend „Dr. Reuter“ hinzufügen. Er wird am 11. März 18 Uhr abends im großen Saale des Vereinshauses stattfinden. Den einleitenden Vortrag wird Dr. Pfarrer Reinhard Claus halten. Für die Recitation hat man den wichtigsten Reuterteilnehmer Hrn. Hofschauspieler Eduard Sternberg aus Neubrandenburg in Mecklenburg nominiert. Dr. Sternberg ist den Mitgliedern des diesjährigen Reuterclubs sehr unbekannt. Er ist geborener Magdeburger. Das Reuterteile „Platt“ ist seine Muttersprache und nicht wie z. B. bei Juvalmann eine für das Ausland sofort an erkennende Imitation. Stern-

gilt als der berühmte Nachfolger Krämerius, des ersten großen Reuterinterpreten. Das Abonnement ist für diesen Reuterabend aufgehoben und die Preise sind ein wenig erhöht: 1 R., 75, 50, 30 Pf., doch sollen den bisherigen Abonnenten Plätze bis einschließlich 12. Gebrauch vorbehalten werden. Für die übrigen Plätze werden Bestellungen vom 13. d. M. an entgegen genommen in der Expedition des Stadtvereins für innere Mission, Bingen- dorffstraße 17. past.

betrieben, was auch schon von alten Holtern, so von Athenern, beobachtet wurde, die einen jugendlichen Tierquäler, einem späteren Verbrecher gleichstellen, exemplarisch bestrafen. Dann zum Schlusse übergegend, daß die Tierschutzvereinsmitglieder nicht immer bei stathabenden Vergeschen das Streichen im Auge haben möchten, sondern selber eine freiwillige Polizei, die vor allem verwarnend eintritt, lieben möchten, kam Thema II: "Welches sind die wirksamsten Mittel zur Förderung der Tierschutzziele und -Bestrebungen?" zum Vortrag. Dieser wurde erwähnt, daß täglich unendlich viel, im Gehen, im Rühe, Arbeitsplätzen und Straßen eine Unwissenheit gegen die Tiere gefündigt würde; überdies sollte verwarnend, belehrend aufgetreten werden, sollte die Aufsichtsorgane auch hierfür gewonnen und von den Vereinen zur Erhöhung ihres Interesses Belohnungen diese verteilt werden; durch die Mitgliedsbeiträge sei man in der Lage, die tun zu können, ebenso aber auch manches anderes zu schaffen. Dem Runde sei befohlen, die Liebe zu den Tieren uns Heer zu legen und häufig hierüber biehend Hand in Hand.

Schule und Kindernsdius dienten bestrebt Hand zu tun zu geben. Man sollte Kinder für die Tiere kleine Dienste verrichten, wie im Blätter Vogel füttern lassen. Da gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich des TierSchutzes eine Erweiterung bedürfen, sollen alle Vereine bestrebt sein, daß solches erreicht werde zum Wohle und Schutz unserer jungen, wehrlosen Mitgeschöpfe. Hiermit schloß auch der zweite Vortrag, dem, wie dem ersten, ein Beifall zuteil wurde. Nachdem eine Anzahl Hölle in TierschützerInnen, die teils durch die Behörden, teils durch den Verein ihre Erledigung gefunden haben, bekannt gegeben waren, erfolgten Mitteilungen aus dem Schauspielwechsel. Dem "Wiener Tierfreund" war zu entnehmen, daß durch die 1866 gegründete Amerikanische Gesellschaft zum Schutze der Tiere der TierSchutz in den Vereinigten Staaten auf ganz besonderer Höhe steht. Wie im Hauptsitz in New York sind dort 45 uniformierte, polizeiliches Rechten vertheilte Beamte des Vereins, die nach mit der Ausübung des Strafgerichtshofs beschäftigt, ebenso 200 Polonäär, Agenten, die gleichen Richter vertheilen, tun dies in den über 30 Stationen in Stadt, wie Südamerika, die dem Verein eingerichtet sind. Vermehrung ist, daß in Südmérica wenig für TierSchutz geschieht. Benanntes Gesetz auch gegen das Entzangen des Waldvogels hält nur den Kanarienvogel als Gruben vogel geeignet, weil dieser durch eine 500 Jahre lange Isolation von Rasse gewöhnt ist. Der "Wiener Tierfreund", Vereinshaus für die PferdeSchutz-Vereinigung in ganz Deutschland, berichtet, daß dieser bereits 500 Männer und sehr viele TierSchutzvereine angehören.

Neue Dresdner Tierfachverein auch gehört. Zwei der Vereinigung ist insbesondere, den Pferdebesitzern es zu ermöglichen, auf leichte Weise das unbedeutbare Pferd durch ein gutes, taugliches zu ersetzen und dadurch die gebrechlichen, alterstümlichen Tiere vor Qualen bis zu ihrem Tode zu bewahren. Außerdem enthält gesammeltes Blatt sehr wertvolle Ratschläge für Pferdehalt und -Pflege. Nach Bekanntgabe des Rates neu aufgenommener Mitglieder und der Mitteilung, daß im Wahl des Vereins, Böhringer Straße 19, im Januar 61 Hundre 195 Tage und 42 Rägen 123 Tage Aufnahme und Bevollmächtigung gefunden, erreichte die Signatur "11 Uhr ihr Ende.

\* Gestern nachmittag fand in den Räumen „Saxonia“ unter dem Vorhiefe des Hrn. Präsidenten (Eduard) eine Versammlung von Saalinhabern der Stadt Dresden und der beiden Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Neustadt statt. Den Bericht über die Frage der Vergabe der Säle an die Arbeiterschaft an den Sonntagen hatte Hr. Thomas (Saxoniale) übernommen. Er wies auf die behaupteten Vorgänge an den Demonstrationssitzungen hin. Die Saalwirte seien schon durch die Konkurrenz des Militärs in den Räumen an den betreffenden Sonntagen verdrängt worden. Wenn die Saalwirte nun ihre Säle an den Sonntagen zu Versammlungen hergäben, dann drohe ihnen das Militärverbot für den betreffenden Sonntag. Besonderes Lob gehörte jedenfalls dem Königl. Polizeidirektor dafür, daß sie die Demonstrationsversammlungen einfach verboten habe. Der Arbeiterschaft standen im Jahre über 300 Wochentage zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung, deshalb hätte sie nicht nötig, solche auch noch an den Sonntagen zu veranstalten. Der Saalinhaberverbund dürfe sich nicht von der sozialdemokratischen Lokalkommission terrorisieren lassen. Es liegen bis jetzt 105 Zustimmungsberührungen vor. Kollegen vor, die ihre Säle an den Sonntagen nicht zu Versammlungen hergeben wollen. Die Saalinhaber müßten einig zusammenstehen und zeigen, daß sie ebenfalls so organisiert seien, wie die Arbeiterschaft. In der anschließenden Debatte wurde mehrfach der Wunsch geäußert, daß die Arbeiterschaft bei dem Lokalkomitee in Zukunft nicht mit den einzelnen Wirten, sondern mit dem Saalinhaberverbund verhandeln möge. Die Versammlung nahm schließlich die nachstehende Resolution gegen eine Stimme an:

Die für heute, Donnerstag, den 8. Februar 1906 in der Hallischen Sagonia Dresden-Reichardt veranstaltete Saal-  
inhaber der Stadt Dresden und der beiden Amtshauptmannschaften  
Dresden-Alstadt und -Neustadt eröffnete sich mit dem  
Vorgetragen ihrer Gesamtwirtschaft in Form der Begehung  
der Säle an Sozus und Zeitlagen zu Versammlungszwecken  
einverstanden, halten die am 18. Oktober 1904 gefasste Bes-  
chluß hinsichtlich der Begehung von Sälen für jedes Mit-  
glied als rechtverbindlich aufrecht und beurtheilten die Ge-  
samtwirtschaft, mit der Arbeiterschaft wegen etwaiger Ab-  
änderung der vereinbarten Bedingungen zu verhandeln, da  
Rechtsnatur dieses Verhandlungsvertrages in einer solchen umschraubenden  
der Versammlung des Mitgliedes zur Freiheit zu bringen  
und eventuell hierüber weitere Weisheiten herbeizuführen. Die  
Versammlung muß jedoch die Gewährung der Vorländer  
zu verhindern, davon abhängig machen, daß das Vorsitzende  
durch bereit erklärt, vor einer empfahligen Beschlusshaltung über  
Abänderung der Bedingungen und deren Ausfertigung durch  
die Mitglieder der Saalmeistereien sich jeder Handlung  
zu enthalten, die gezeigt ist, daß das Saalgewerbe als solches  
oder einzelne Saalwirte wirtschaftlich zu schädigen oder  
eigentliche Verpflichtungen der Arbeiterschaft gegenüber zu  
verletzen.<sup>2</sup>

\* **Wetterbericht.** Wetterlage in Europa am  
9. Februar, früh 8 Uhr. Über Boden verläuft die 0°-Linie  
auf 729,5 mm. Von hier aus erstreckt sich nach  
Ost und unter 740 mm bis zur östlichen Oste. Das Jetstream  
zeigt heute einen Barometerrückgang von 10 bis 20 mm  
lang Deutschland steht unter der Wirkung der im Nord-  
lagernden Antikline. Heute herrscht starke Bewölkung, vor  
einmal auch Schneefall. Eine allgemeine Ausbreitung des  
Wetterdrucks ist wahrscheinlich — Witterungsverlauf in  
Sachsen am 8. Februar. Am Morgen und Vormittag des  
8. Februar wurde an vielen Stationen Sachsen Schneefall  
beobachtet. Am Nachmittag heiterte das Wetter auf. Da die  
Temperatur überall noch unter normale Werte segte, bildete  
sich eine leichte Schneedecke, die im Durchm. 1 bis 2 cm.  
Mittelwagen 5 bis 10 cm nicht. Das Barometer sank am  
Morgen noch wenig abnormale, jedoch hielt sie im Laufe  
des Tages ein kurter Rückgang ein — Wetterlage von  
Hochelberg: Haunierbrochen starfer Nebel, gute Schneedecke  
bald wie in die Höhe hinab. Schneedecke 160 cm. Starke  
Kälte erhält sich lange. Kauderwelsch gesättigte Erdeinwir-  
kung — Prognose für den 10. Februar. Weiter: Schneedecke  
noch. Temperatur: Normal. Windrichtung: Nordwest. Win-

Eingesandtes.



ungen durch zwei starke nebeneinanderliegende Propeller  
bewirkt wird. Nach einem Takt eines Zeitungberichtes  
 soll der Flug des Apparates ein vollendeter sei.  
 Die Höhe des Fluges beträgt durchschnittlich 20 m über  
 dem Erdboden; nur in den Kurven wird er höher. Der  
 Ablauf des Apparates erfolgt aus der Ruhe auf einer  
 schrägen Rampe, mit Säulen versehenen Brett von  
 einem Fuß Breite; er ist dabei auf einem Wagen be-  
 lagert, der ihn am Ende des Brettes, wo der Motor be-  
 reits in Gang ist, freigibt. Der Flugapparat soll sechzehn  
 Fuß lang und vierzig Fuß breit sein und der Motor  
 12 bis 15, nach anderen 24 Pferdebähte besitzen und  
 240 Pfund wiegen; der ganze Apparat 925 Pfund ob-  
 der fliegenden Menschen. Für die Ausführung ihres  
 Flugversuchs haben die Erfinder ein ideales Terra-  
 riuum in Mitts Hand bei der Chasapeakebucht ausgeführt.

Sch. hat Wilhelm v. Christ, der berühmte klassische Philologe, im gleichen in München gestorben. Der Geschichts-, der am 2. August 1831 zu Geisenheim in Nassau geboren war, war erst Gymnasiallehrer in München und seit 1860 ordentlicher Professor der klassischen Philologie an der dortigen Universität. Im Jahre 1876 wurde ihm der bayrische Verdienstorden und damit das persönliche Adel verliehen. v. Christ, der auch Mitglied des Kaiserl. Deutschen Archäologischen Instituts war, hat sich besonders als Dozent auf den Gebieten der griechischen Metrik und Lautlehre berühmt gemacht.

Verständigung. In dem gefürgten Urteil „Der Deutschen-Bundes-Blätter“ ist in der 3. Spalte, Zeile 7 von unten zu lesen „Blatt 48 des Verständnisses“, statt „Blatt Hamburgs“.

**Ber die Generalkasse zur Unterhaltung verlaubter oder entlassener Kriegsgefangen der Landes-Heil- und Pfleganstalten für Geisteskranke sind infolge der untenst. 1. November 1885 verordneten Kasse im Jahre 1906 die nachstehenden Gaben eingegangen:**

durch die Amtsbauprämienkasse Döbeln:  
100 M. — Pg. von der Bevölkerungssammlung.  
bei der Anstalt Golditz:  
10 M. — Pg. von der Stadtgemeinde Grünhainichen.  
10 M. — Pg. von der Stadtgemeinde Grünhainichen.  
bei der Anstalt Untergörlitz:  
10 M. — Pg. von Herrn Lehrer Kunz in Görlitz.

Über diese Gaben wird hiermit dankend acquittiert und gleichzeitig der Bitte um Förderung des Unterhaltungsverdes einen Ausdruck gegeben.  
Zur Empfangnahme von Gaben sind die Räteverwaltung des Ministeriums des Innern, die Räte der Kreisbauprämienschen und Amtsbauernprämienschen, die Räteverwaltungen der Landes- und Sonnenhain des Plena, Übergärtner bei Radebeul i. S., Schönbach bei Golditz, Grünhainichen bei Löbau, Hubertusburg, Görlitz und Hochkirch bei Radebeul, sowie die Expeditionen des Dresden-Döbelner und der Leipzig-Zeitung beauftragt.

Dresden, am 26. Januar 1906.

Arrangement der Firma F. Bries.  
Montag, den 5., Freitag, den 9., Montag, den 12. und  
Freitag, den 16. März, abends 1/2 bis 9 Uhr im kleinen  
Saale des Gewerbehause.

### Vier literarische Abende: „Heinrich Heine“ Otto Gerlach (Dresden)

Resitation mit biographischen und erläuternden Be-  
merkungen.

**Abonnementskarten** à Mk. 6 (numer.) und  
à Mk. 2 (numer.). **Einzelkarten** à Mk. 2 (numer.)  
und à Mk. 1 (numer.) bei **F. Bries** (Kaufhaus) von  
9—1, 8—9 Uhr. — Bestellungen auf Platze auch bei  
**Ad. Brauer (F. Plötner)**, Neustadt.

(Anfang 1/2 Uhr) — Sonnabend: Salome. (Anfang 1/2 Uhr) — Sonntag: Der Freischütz. (Anfang 1/2 Uhr) — Montag: Lohengrin. (Anfang 1 Uhr).

### Röntgen. Schauspielhaus. (Kaufh.)

115. Abonnementssitzung.

**Jar Peter.** Drama in vier  
Sitzungen von Otto Erler. (Anfang 1/2 Uhr) — Ende 1/2 Uhr.

Sonntag: **Der Graf von  
Charcas.** Tenebrell in fünf  
Akten von Richard Dehmel. (Anfang 1 Uhr).

**Wochenrückblick.** Montag:

Die berühmte Frau. (Herrn: Bril-  
Vorster a. G. (Anfang 1/2 Uhr).)

Dienstag: Der Raub des Sabine-  
rinen. (Anfang 1/2 Uhr). — Mittwoch: Sappho. (Herrn: Bril-  
Vorster a. G. (Anfang 1/2 Uhr)).

Donnerstag: Camille. (Anfang 1/2 Uhr) — Freitag: Der Graf  
von Charolais. (Anfang 1 Uhr).

Sonnabend: Welt am, der  
Anfang 1/2 Uhr. — Sonntag: Wein Zeopold. (Anfang 1/2 Uhr). — Montag: Der Graf  
von Charolais. (Anfang 1 Uhr).

**Residententheater.**

Montag 1/2 Uhr: Prinzessin  
Wunderhorn. — Dienstag 1/2 Uhr:

**Der Königsstettener.** Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

Die glückliche Geburt einer

**Göttler**

berben sich anzugeben.

Dresden, am 8. Februar 1906.

**Dr. Leopold Hübel**

zu **Großendorf**

**Elisabeth Hübel**

geb. von **Schönborg**.

**Prinzessin Wunderhorn.** — Dienstag 1/2 Uhr:  
Der Königsstettener. Schwefel  
in drei Akten von Curt Kraay.  
Ende 10 Uhr.

**Ballott. Vorverkauf.** Das bi-  
königl. Hoftheater und das Residenz-  
theater (auch auf briefliche und tele-  
phonische Bestellung) beim **Janus-  
händler**, Seest. 6 (Tel. 1117).

**General-Theater.**

Montagnacht 1/2 Uhr (ermäßigte  
Preise): Die Blautechnik oder

Wie der Wald in die Stadt  
kommt. Original-Weltbühnen-  
stück in sechs Akten von H. K. Schiller.

# Beilage zu № 33 des Dresdner Journals. Freitag, den 9. Februar 1906, nachm.

## Zeitungsschau.

Das Wort des Fürsten Bismarck, das preußische Wahlrecht sei das elendste von allen, ist bei den Wahlrechtsagitationen von den Sozialdemokraten viel angeführt worden. In seiner großen Rede im Reichstage hat vorigestern Graf v. Bodenborsky schon darüber hingewiesen, daß die von der Sozialdemokratie beliebte Art, dieses Wort für ihre Zwecke zu verwenden, einen Missbrauch bedeute. Jetzt geben die „Zum Nach“ folgenden interessante Reminiscenzen zur Erklärung des Ausprucks des Fürsten:

„Es war im Januar 1893. Damals hatte der preußische Ministerpräsident im preußischen Abgeordnetenkamme bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des Wahlverfahrens bemerkt, die Abstimmung der Fürsten Bismarck gegen das Dreiklassenwahlrecht sei eine „mehr plausible“ gewesen. Als Fürst Bismarck dies in dem Verhandlungsberichte las, sagte er zu dem Vertreter unseres Blattes: „Den kann ich nur zustimmen.“ Er führte weiter aus, er habe keine Beweisführung des Dreiklassenwahlrechts wesentlich als ein Argument verwirkt, um zu einem Wahlrecht mit Interessenvertretung zu gelangen. Die Möglichkeit dazu habe er auf Grund der damaligen und späteren sozialistischen Auffassungen über die verschiedenen Gruppen der wirtschaftlichen Interessen im Auge gehabt. So lag damals in der Absicht der Regierung, die Bildung von Gruppen anschaulich zu machen, innerhalb deren die sozialpolitischen Aufgaben, speziell diejenigen der Altersvorsorge, ihre genossenschaftliche Bindung finden könnten und die, wenn sie eingemauerter seien, den inneren Verband jeder derselben durch die Geschäftsbüro der Unterlage bestimmt wären, die Unterlage für die Wahlkörper der Interessenvertretung hätten bilden können. Das Streben nach diesem Ziele allein hatte den damaligen Reichskanzler zu der harschen Kritik der befürchteten Einschränkungen, an deren Stelle er die Interessenvertretung erachtete, veranlaßt. Damit stimmte auch überein, daß er im Empfang der deutschen Delegationen an seinem 80. Geburtstage in Friedland sich folgendem Auspruch ausmachte: „Ich habe früher geglaubt, daß man untere Wahlgebietsordnung in Bezug auf sowohl wie im Reiche aus Verhältnissen bestimmt könnte, so daß jede Verhältnisschaft ihrerseits das Recht hätte, sich durch selbständige Abgeordnete vertreten zu lassen. Ich habe dafür kein Verständnis gefunden.“ Aus alledem ergibt sich, daß Fürst Bismarck das preußische Wahlrecht ausdrücklich wegen unvermittelbarer. Das hätte bei ihm auch seinen Sinn gehabt, denn er war Vertreter der Ansicht, daß der Unterschied nach Bildung und Recht zu den vorliegenden Realitäten gehört, an denen aus der Wahl nicht gerügt werden dürfe. Die beiden Begriffe des Klassennachschlags haben deshalb in keiner Weise ein Recht, sich in dem Sinne wie sie es tun, auf den Fürsten Bismarck zu berufen. Bei dieser Alogenie wollen wir übrigens aus guten Gründen noch anführen, wie sich Fürst Bismarck über das gelegentliche und tendenzielle Verwerfen einzelner seiner Aussprüche geäußert hat: Graf Eulenburg hatte in seiner Rede u. a. gesagt, der damalige Ausspruch des Fürsten Bismarck über das Dreiklassenwahlrecht sei als geäußertes Wort fast zu Tode gekämpft worden. Der Fürst stimmte dem bei und fügte hinzu, es sei merkwürdig, wie gerade jener Politiker, die sonst aus jeder seiner Auseinandersetzungen ein Argument für den Gegenstand zu desselben herzuleiten scheinen, sich auf diese einzige, aus dem Zusammenhang der damaligen Politik gerissene Seite des preußischen Wahlrechts beziehen. Sein Bruchstück aus jenen Reden als Kanzler mit dem Gewichte, wie es ihnen im Falle des preußischen Wahlrechts bewußt wurde, für seine Gegner möglicherweise, dann müsse er sich wundern, daß man sich auf dieser Seite nicht noch an hundert andere Stellen aus seinen Reden erinnere und sich derselben als Beweismittel bediene. Warum geschieht das nur in dieser Frage? Der Kanzlerstaatler knüpfte an diese Auseinandersetzung eine weitere Kritik der Behauptung unserer freisinnigen Politiker, die wir des lieben Friedens halber hier wiederholen. Der Fürst schloß dann zu dem Thema des preußischen Wahlrechts zurück und meinte, es bestünden ja noch andere Auseinandersetzungen von ihm, nach denen die Bestimmungen der Wahlgebietsordnung überhaupt nicht die Wichtigkeit hätten, die man ihnen beigelegt, weil alle Wahlvorschriften einschließlich derjenigen zu dem Beschlusstag von 1847 im ganzen doch dieselben Beschränkungen in die Kammer gebracht hätten. Aber er botte auch diese Auseinandersetzung nicht für unter-

allen Umständen ausschlaggebend richtig; sie sei nur für die Zeit zu verstehen, in der sie gehandelt worden wäre.

Er glaubte auch, daß das Reichstagswahlrecht unter dieselbe Kürbel fiel, wenn ihm nicht die Mäßigt der geheimen Abstimmung mitgeteilt worden wäre, eine Bestimmung, die aus der ersten Kampfzeit mit Österreich um die deutsche Vereinigung herriß, der Triumphant des germanischen Charakters nicht entspräche und auch nicht der politischen Gerechtigkeit; denn er glaubte, daß jeder Deutsche ein Recht darauf habe, zu wissen, wie jeder seiner Bürger sich zu den politischen Fragen, die ihm vorgelegt würden, stelle und das unter Zugrunde eines Landes Offenheit und Einfachheit als politischen Verhältnisse durchdringen sollte. Der Fürst fuhr fort, die Anonymität habe niemals für eine Empfehlung einer politischen Meinungsäußerung gesorgt. Warum gelte bei dem wichtigen und einschneidenden Urtheil der Wahl? In bezug auf diesen verstand er den Fürst außerdem nicht, wie bei ihm alle Unterschiede von Bildung und Recht, die sonst im bürgerlichen Leben ihre Wirksamkeit äußerten, weglassen würden, da es sich doch um Abstimmung über die Grundgesetze handle, nach denen der Staat regiert werden sollte. Es sei offenbar unverständlich, in politischen Dingen der Einfluß des gewöhnlichen Arbeiters ebensoviel Wert beizumessen wie der des Ministers, des Handelsmanns, des Großindustriellen u. c., die einen ganz anderen Geschäftszweck, ein ganz anderes fundiertes Urteil, viel mehr Erfahrung und Einsicht besaßen, außerdem aber persönlich am Staat viel mehr interessiert seien. Schon damals war es übrigens dem Fürsten Bismarck zum Bewußt gemacht worden, daß er seine Auseinandersetzung über das preußische Wahlverfahren, wenn sie doch mißverstanden sei, nicht widerstreuen oder authentisch interpretiert habe. Auf diesen Vorwurf erwiderte der Fürst in seiner Verteidigung mit dem Vertreter unseres Blattes: „Wenn jemand einen Menschenalter hindurch die verschiedensten landesgeschäftlichen Phasen öffentlich vertreten hat, so ist es doch wohl zu viel verlangt, wenn man beansprucht, daß er jeden Geschäftszweck und jedes Argument einer Rechte, das sich in der weiteren Entwicklung der Dinge nicht bewährt hat, ausdrücklich widerstreuen soll.“ Der Fürst schloß, er habe keine Auseinandersetzung über das Dreiklassenwahlrecht seinerseits getan, weil er sie zur Erreichung derselben, was er damals anstrehte, Interessenvertretung, theoretisch für möglich hielt, ohne sich deshalb für alle Zukunft daran entschlossen zu wollen.“

Der neueste Versuch der Sozialdemokratie, durch einen Initiativvorschlag im Reichstage darauf hinzuwirken, daß das Reich mit seiner Gesetzgebung eingreifen solle, um in den Bundesstaaten die Einführung des gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für die Volksvertretungen zu ermöglichen, muß als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den Antrag ist jedoch von Seiten des Zentrums eine Erklärung dahin abgegeben worden, daß man an sich wohl geneigt wäre, die Einführung jenes Wahlrechts in die Einzelstaaten vom Reichs wegen zu zulassen, daß aber die Volksvertretungen zu erzwingen, nicht als völlig aussichtslos gelten. Bei der Beratung über den





